

3. Historische Voraussetzungen für die Entstehung des sozialwissenschaftlichen Identitätsbegriffs

Für die Rekonstruktion des sozialwissenschaftlichen Identitätsdiskurses wird in der vorliegenden Arbeit den disziplingeschichtlichen Entwicklungen sowie sozialen Bewegungsdiskursen seit den 1950er Jahren in den USA ein zentraler Stellenwert zugemessen. Damit ist die These verbunden, dass in den Vereinigten Staaten die Bedingungen für die Entstehung eines Identitätsdiskurses gegeben waren. Im Unterschied zu einer ausschließlich ideengeschichtlichen Untersuchung wird so rekonstruiert, wie die ‚Frage der Identität‘ als Problematisierungsweise sozialer Phänomene ‚akzeptabel‘ wurde: wie die ‚Frage der Identität‘ in Spezialdiskursen und im Interdiskurs hervorgebracht wurde. Wenn hier angenommen wird, dass mit Eriksons Identitätsmodellen von „Ich-Identität“ und „Gruppenidentität“ (Erikson 1950) eine Schwelle der „Wissenschaftlichkeit“ erreicht wird, interessiert im Folgenden, welche spezifischen Bedingungen dieser Entwicklung vorausgegangen sind und sie ermöglichten. Es wird davon ausgegangen, dass wissenschaftliche sowie historische Voraussetzungen, die neben gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen auch rechtliche Bedingungen umfassen, gegeben waren, die die Entwicklung eines Identitätsbegriffs in den Sozialwissenschaften erlaubten.

In Foucaults Chronologie gehen der Schwelle der Wissenschaftlichkeit die Schwelle der Positivität und die Schwelle der Epistemologisierung voran, die Schwelle der Formalisierung folgt ihr. Auf diese Chronologie wird zurückgegriffen als Beschreibungsweise für die Entstehung und Veränderungen von Konzeptionen und Modellen, die zur Etablierung eines sozialwissenschaftlichen Identitätsbegriffs führten. Es soll

gezeigt werden, wie diese Schwellen sich gegenseitig ablösen oder bereits nebeneinander bestanden. Es wird die These aufgestellt, dass mit Meads Theorie des Selbst sowie Cooleys Konzeption des „looking-glass self“, dem Selbst als Spiegel, theoretische Bedingungen geschaffen wurden, die auf einer Schwelle der Epistemologisierung angesiedelt werden können. Diese Theorien sowie die Auseinandersetzungen, Beeinflussungen und Abgrenzungen zu anderen Theorien, die zu jener Zeit diskutiert wurden, werden im nachfolgenden Kapitel dargestellt.

Zunächst werden historische Ereignisse ausgemacht, die in der vorliegenden Arbeit als Thematisierungen auf der Schwelle der Positivität analysiert werden. Foucault zufolge kennzeichnet die Schwelle der Positivität, dass die Autonomie einer diskursiven Praxis erreicht wird, die Anwendung eines einheitlichen „Formationssystems der Aussagen“ bzw. seine Transformation (1981 [1973]: 265). Sie werden in Zusammenhang mit Peter Wagners *Soziologie der Moderne* (1995) untersucht. Sie fallen teilweise in eine Zeitspanne, die von Wagner als „erste Krise der Moderne“ charakterisiert wird, teilweise in die Zeitspanne, die dieser Krise als „restringiert liberale Moderne“ vorangeht (Wagner 1995).

Wagners Konfigurationen der Moderne setzen mit einem „diskursiven Bruch“ ein, der „vor mehr als zwei Jahrhunderten“ datiert wird und mit der Etablierung „moderne[r] Ideen als imaginäre[n] Bedeutungen für Individuen und Gesellschaften [...], neue[n] Typen sozialer und politischer Themen und Konflikte“ einher geht (Wagner 1995: 25). Dieser „diskursive Bruch“ ist nicht nur markiert durch neue Diskursformationen in den Humanwissenschaften (Foucault), die der „Entstehung der selbstreflexiven Philosophie der Moderne“ (Habermas), ein neues Verständnis von Zeit als sozial und geschichtlich bestimmt und ein „Ende der Naturgeschichte“ (Lepénies),¹ sondern führt auch zu einer grundlegenden Unterscheidung zwischen „Moderne“ und „Tradition“ bzw. – in einer verwandten Lesart – zwischen „Moderne“ und „Vormoderne“ (Giddens 1996). Diese Definition der Moderne als zeitliche und entwicklungsgeschichtliche Differenz wird auch in spätere sozialwissenschaftliche Konzeptionen von „Selbst“ und „Identität“ eingehen, wie noch zu erörtern sein wird. Wagners Darstellung der Moderne, die mit einem diskursiven Bruch beginnt, beschreibt jene Transformation, und damit neue Herausbildung eines diskursiven Formationssystems und eines Systems von Aussagen, die als Schwelle der Positivität gekennzeichnet werden kann. Sie bringt Diskursformationen hervor, die für die Konstitution eines sozialwissenschaftlichen Identitätsbegriffs grundlegend sind.

1 Vgl. Wagner (1995: 24).

Wagner differenziert drei Konfigurationen der Moderne, die einander jeweils durch „Krisen“ ablösen. Die „restringiert liberale Moderne“ beginnt in dieser Schilderung mit der Französischen Revolution und der Einführung jener zwei entgegengesetzten und komplementären Diskurse der Moderne von Autonomie und Freiheit einerseits und rationaler Beherrschung andererseits, die eine grundsätzliche Ambivalenz der Moderne begründe. Die „restringiert liberale Moderne“ kennzeichne, dass sie auf dem „Projekt einer liberalen Gesellschaft“ basierte, das jedoch alsbald in seiner prinzipiellen Offenheit und Universalität als gefährlich erkannt wurde, woraufhin Versuche der Eindämmung gemacht wurden (Wagner 1995: 71). Diese umfassten Grenzziehungen nach „innen“ gegenüber Frauen, ArbeiterInnen, Verrückten, sowie nach „außen“ gegenüber „Barbaren“ und Tradition, die als „Andere“ von Vernunft und Zivilisation konstruiert wurden (Wagner 1995: 73 ff.). Eine weitere Form zur Eindämmung der Liberalität ist in der Veränderung staatlicher Institutionen hin zu stärkerer Reglementierung zu sehen (ebd.: 78 ff.). Von Foucault wurde die Einführung des auf das Volk verallgemeinerten Rechts, das die Macht des Herrschers ablöste, in seinen Dimensionen der Disziplinierung in Institutionen wie Gefängnis, Psychiatrie, Schule und Heer beschrieben.²

Schließlich nennt Wagner die soziale Konstruktion von Identität eine Form der Beschränkung durch Grenzziehung in der Moderne. Jeder Konfiguration der Moderne wird eine spezifische Ausformung der Identitätsbildung zugeordnet: der „restringiert liberalen Moderne“ die Konstruktion von Identität als „askriptiv und natürlich“, der „organisierten Moderne“ die Konstruktion von Identität als „sozial erworben und quasi natürlich“ und der „erweitert liberalen Moderne“ die Konstruktion von Identität als „gewählt und frei vereinbart“ (ebd.: 86). Zwar wird hier Wagners Auffassung zugestimmt, dass die Idee von Identitätskonstruktionen als ein Phänomen der Moderne zu verstehen ist, insofern sie auf Voraussetzungen fußt, die wohl erst mit der Moderne an Bedeutung gewinnen. Dennoch wird Wagners Darstellung hier insofern widersprochen, da in dieser Arbeit davon ausgegangen wird, dass die Diskursivierung von ‚Identität‘ erst seit Mitte des 20. Jahrhunderts u. a. in den Sozialwissenschaften stattfand, durch historisch bestimmbare Ereignisse wie die Konsolidierung von Definitionen nationaler Identitäten nach den zwei Weltkriegen, denen die Definition von Flüchtlingen aufgrund von „nationaler Herkunft“ durch den Völkerbund bzw. die UNO korrespondierte³ und durch das Aufgreifen von Identitätsdefinitionen in sozialen

2 Z. B. in *Überwachen und Strafen* (1975). Auch Wagner verweist an dieser Stelle u. a. auf Foucaults Arbeiten.

3 Vgl. hierzu Noiriel (1994: 83 ff.).

Bewegungen. D. h. die Tatsache, dass das Sprechen über ‚Identität‘ zur Notwendigkeit werden konnte, steht mit spezifischen historischen Bedingungen in Zusammenhang, die nicht in die Vergangenheit ausgelehnt werden können. Vielmehr verweist Wagners Sprechen von ‚Identität‘, der Rückgriff auf einen bestimmten sozialwissenschaftlichen Begriff, auf die Wirkung dessen, was in dieser Studie als „Identitätsdispositiv“ bezeichnet wird: das Hegemonialwerden einer bestimmten Beschreibungs- oder Klassifizierungsweise von sozialen Phänomenen. M. a. W., es wird in Frage gestellt, dass die Bedeutung von Identitätskonstruktionen in den letzten zwei Jahrhunderten, die als Moderne gelten, schon immer gegeben war und lediglich in ihrer Ausformung unterschieden werden können.

Charakteristisch für die „restringiert liberale Moderne“ sind, Wagner zufolge, Universalismus und Individualismus als liberales Projekt der Moderne, die gleichzeitig nur in restriktiver Weise zugänglich sind (Wagner 1995: 72). In der „Blütezeit des bürgerlichen Liberalismus“, so Hobsbawm, entstand in der Zeitspanne von 1830 bis 1878 das „Nationalitätsprinzip“, das sich von dem nachfolgenden Nationalismus und den Debatten um die „nationale Frage“ unterscheidet (Hobsbawm 1998: 57 f.). Die Ideen der revolutionären Demokraten hatten das „Volk“ zum zentralen Begriff erhoben, der die Gesamtheit von Staatsbürgern eines Staates als „Nation“ gegenüber dem Rest der Menschheit definierte, was in der Gleichung „Staat = Nation = Volk“ zusammengefasst war (ebd.: 34). Eine liberal-bürgerliche Theorie der „Nation“ umfasste zwei Prinzipien, wovon sich das erste auf einen Territorialstaat von einer gewissen Größe bezog und das zweite auf die Idee von Nationenwerdung als Expansionsprozess (ebd.: 44 f.). Das erste Prinzip macht den Zusammenhang zwischen der „klassische[n] Ära des Freihandelsliberalismus mit [der] ‚Nationwerdung‘“ deutlich. Demnach ist die Entstehung des Kapitalismus zentral mit dem Nationalitätsgedanken verbunden, da er auf den „durch staatliche Grenzen definierten ‚Volkswirtschaften‘“ basierte, und offensichtlich der politische Pluralismus in Europa der Ort war, an dem sich der Kapitalismus entfaltete. Der Nationalstaat sollte jedoch eine bestimmte Größe haben, da dies für eine wirtschaftliche Entwicklung notwendig vorausgesetzt wurde. D. h. nur einige wenige „Völker“ wurden zu „Nationalstaaten“ in dieser historischen Zeitspanne. Das Argument der Größe ist mit dem zweiten Prinzip von nationaler Expansion verbunden: gesellschaftliche Entwicklung erforderte in dieser Theorie die fortschreitende Expansion von kleineren gesellschaftlichen Gruppen zu größeren bis hin zur Nation und in einem weiteren Schritt zur weltweiten Universalgesellschaft (ebd.: 45). Zu diesem Prinzip gehörte das Eingehen kleinerer Nationalitäten und Spra-

chen in eine umfassendere Nation. Auch die „Fähigkeit zur Eroberung, [...] der Umstand, ein imperiales Volk zu sein, um einer Bevölkerung die eigene kollektive Existenz zu Bewußtsein zu bringen“ leitete sich in der Praxis aus diesem Prinzip ab. Hier verknüpft sich das „Nationalitätsprinzip“ mit Darwinscher Evolutionstheorie, wonach auf diese Weise „ein Volk sich als soziale Gattung im Kampf ums Dasein erfolgreich behaupten konnte“ (ebd.: 51).⁴

Noiriel weist auf den Zusammenhang von Staatsangehörigkeitsrecht und Flüchtlingsrecht in europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten hin: Während ungefähr zeitgleich mit den Nationalstaatsbildungen auch Gesetze zum Umgang mit Ausländern und Flüchtlingen geschaffen wurden, galt für den größten Teil des 19. Jahrhunderts, dass wenige Regulierungen bestanden und es in vielen europäischen Ländern (z. B. in England und Frankreich) und den Vereinigten Staaten eine uneingeschränkte Aufnahme von Flüchtlingen gab (Noiriel 1994: 75 ff.). Staatliche Verwaltungsapparate waren nicht besonders machtvoll, wie das Beispiel von Flüchtlingen in Frankreich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeigt.⁵

Neue Produktionsformen brachten neue gesellschaftliche Klassen in Westeuropäischen Ländern und den Vereinigten Staaten hervor, während die Kolonisierung die Ausbeutung von Rohstoffen und Arbeitskräften sowie die Schaffung neuer Märkte ermöglichte. Industrialisierungsbewegungen in westeuropäischen Ländern und den USA führten im 19. Jahrhundert zu fundamentalen gesellschaftlichen Umwälzungen. Zwar gab es regionale und nationale Differenzen, Geschwindigkeit und Ausmaß betreffend, zusammenfassend kann allerdings festgestellt werden, dass bis zum Ende des 19. Jahrhunderts Produktionsformen und ihre ökonomischen Bedingungen, Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens und die Rolle des Staats einen grundlegenden Wandel erfahren hatten. Für das Gebiet, das 1871 das Deutsche Reich ausmachen sollte, fand die erste industrielle Revolution zwischen den 1830er und 1870er Jahren statt (Kocka 1986: 296), in den Vereinigten Staaten wird dieser

- 4 Weitere Kriterien, die in der Praxis die Definition eines „Volkes“ als „Nation“ ermöglichte, waren die Existenz eines Staates sowie einer „alt-eingesessenen kulturellen Elite“ (ebd.).
- 5 Eine relativ schwache französische Staatsverwaltung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts lässt sich, Noiriel zufolge, am Umgang mit Flüchtlingen erkennen, deren Unvermögen, bestehende Regulierungen gegenüber Flüchtlingen tatsächlich durchzusetzen, auf eine unzureichende Bürokratisierung, die auch eine relative Machtlosigkeit des Staates bedeutete, hinweist. Zwar gab es Bemühungen von staatlicher Seite, die Überwachungen von Flüchtlingen zu gewährleisten, es fehlten jedoch die notwendigen bürokratischen Mittel dazu (Noiriel 1994: 41 ff.).

Prozess bis in die 1860er Jahre datiert (Bridges 1986: 168), während in Frankreich im Vergleich dazu ein verlangsamer Prozess stattfand, der bis ins 20. Jahrhundert reichte (Katznelson 1986: 33). Die Entstehung neuer gesellschaftlicher Klassen machte sich an einem Wandel fest, der von Fragen, die den Handel betrafen, wobei Manufakturbesitzer und Handwerker die Akteure waren, hin zu Klassenfragen führte, die zwischen Industriekapitalisten und LohnarbeiterInnen ausgetragen wurden. Ein deutlicher Unterschied wird zwischen den Arbeiterklassen um 1830 und dem Proletariat, als wenig ausgebildeten FabrikarbeiterInnen, das sich bis ca. 1880 herausgebildet hatte, angenommen.⁶ Die Bedingungen von Klassenbildung umfassen mehrere Ebenen. Erstens fanden mit der Entstehung des Kapitalismus ökonomische Veränderungen statt. Die Teilung in Klassen anhand der Unterscheidung aufgrund des Besitzes von Produktionsmitteln ging mit der Entstehung von Lohnarbeit und Märkten, der Kommodifizierung von Geld, Land und Arbeit einher. Zweitens brachten diese Entwicklungen gesellschaftliche Strukturen entsprechend einer Teilung zwischen den besitzenden Klassen und den Klassen der LohnarbeiterInnen hervor. Diesen neuen gesellschaftlichen Klassen entsprachen geographische Unterschiede zwischen Land und (Groß-) Stadt und innerhalb von Städten. Drittens bezieht sich Klassenbildung auf spezifische soziale Gruppen mit gemeinsamen sozialkulturellen Dispositionen, die eine Unterscheidung zwischen den Klassen ermöglichen: die Entstehung von „Klassenbewusstsein“.⁷

Die Bedeutung von Organisationen der ArbeiterInnenbewegungen in dem Zeitraum von Beginn des 19. Jahrhunderts bis ca. 1870 in den Vereinigten Staaten unterscheidet sich von den europäischen Ländern. Während beispielsweise in Frankreich und dem Deutschen Reich die Formierung einer starken ArbeiterInnenbewegung stattgefunden hatte, die sich dadurch auszeichnete, dass auf Traditionen der Handwerkervereinigungen aufgebaut werden konnte, bzw. wie im Deutschen Reich gemeinsame Interessen sowohl die Arbeitsplatzsituation als auch die Bedingungen außerhalb des Arbeitsplatzes betrafen, Widerstand von ArbeiterInnen sich auch gegen den Staat richtete, mitunter eine starke Militanz gegenüber den antagonistischen Klassen demonstriert wurde, eine Organisierung auf nationaler Ebene erreicht wurde, sozialistische Inhalte zentral waren, trifft dies für die Vereinigten Staaten nicht zu. In den Vereinigten Staaten gab es vor Beginn des Bürgerkriegs 1861 keine

6 Hobsbawm (1984), vgl. Katznelson (1986: 4).

7 Vgl. Katznelson (1986: 14-21); Kocka (1986: 281 f.). Beide Autoren nennen außerdem eine vierte Ebene der Klassenbildung mit dem Ziel gemeinsamen politischen Handelns, bzw. revolutionärer Umwälzung der Klassenverhältnisse.

einheitliche Organisierung von Arbeiterinteressen (Katznelson 1986: 27; Bridges 1986: 177 ff.). Shefter beschreibt die US-amerikanischen Gewerkschaften seit den 1890er Jahren als wenig anarchistisch oder sozialistisch. Vielmehr wären die Forderungen von ArbeiterInnen ausschließlich auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gerichtet gewesen, der Staat wurde nicht als Gegner wahrgenommen und die politischen Parteien der Demokraten und Republikaner wurden als legitime Interessenvertretungen aufgefasst. ArbeiterInnen regelten ihre Interessen nicht nur in Gewerkschaften, sondern auch in regionalen politischen Organisationen, die sich eher aufgrund von ethnischen Differenzen als von Klassenunterschieden zusammensetzten (Shefter 1986: 198 f.).

Die industriellen Revolutionen in Europa und den Vereinigten Staaten, die zu einer Verstärkung des Kapitalismus als ökonomischer und gesellschaftlicher Ordnung führten, machten auch weltweite Veränderungen notwendig. Zwar hatte es seit dem 15. Jahrhundert eine koloniale Unterwerfung von Gebieten in Amerika, Afrika und Asien durch Spanien, Portugal, Niederlande, Frankreich und England gegeben, mit den neuen ökonomischen Verhältnissen gingen seit dem 19. Jahrhundert aber intensivere Expansionsbestrebungen von europäischen Staaten sowie den Vereinigten Staaten aus. Die neuen Produktionsbedingungen erforderten nicht nur die Entstehung eines geeigneten Typus von Arbeiter, der die rationalisierte Arbeitsweise ausführen konnte, sondern auch Rohstoffquellen, Arbeitskräfte und immer weitere Absatzmärkte sowie Anlagemöglichkeiten für das Kapital. Im 19. Jahrhundert kommt es zur Kolonisierung z. B. durch England (u. a. Indien, Burma, China, Ägypten), Frankreich (u. a. Vietnam, Algerien), USA (u. a. Philippinen, Kuba), Deutsches Reich (Südwestafrika, Togo, Kamerun, Ostafrika, Neuguinea).

Die Anfänge der Sozialwissenschaften werden im 19. Jahrhundert verortet, während die Notwendigkeit für den Aufbau dessen, was später die Sozialwissenschaften ausmachen sollte, mit den gesellschaftlichen Veränderungen durch die Französische Revolution begann. Die Begründung sozialwissenschaftlicher Disziplinen fand jedoch erst in dem Zeitraum zwischen 1850 und dem Ersten Weltkrieg statt (Wallerstein et al. 1996). Die Prämissen dessen, was als Wissenschaft gelten sollte, waren bereits mit dem Newtonschen Modell, in dessen Rahmen eine Koexistenz von Vergangenheit und Zukunft in der Gegenwart hergestellt wurde,⁸ und mit dem cartesianischen Dualismus, der fundamentalen Unter-

8 Wallerstein et al. nennen diese Privilegierung der Gegenwart „eine quasi-theologische Sichtweise: Ähnlich Gott vermögen wir Gewißheiten zu erlangen und brauchen daher zwischen Vergangenheit und Gegenwart nicht

scheidung zwischen Natur/Mensch, Ding/Geist sowie physischer und sozialer/geistiger Welt, zugrunde gelegt (Wallerstein et al. 1996: 10). Weitere Begriffe, auf denen die Idee der Wissenschaftlichkeit basierte, waren „Fortschritt“, „Entdeckung“, „Wissenschaft“, „Einheit“, „Einfachheit“, „Meisterschaft“, „Universum“. Außerdem fundierte eine grundlegende Differenz zwischen Naturwissenschaften, wo experimentelle, empirische Arbeit zum Erhalt objektiven Wissens zentrale Bedeutung bekam, und Philosophie, der der Platz von Spekulation und Einbildungskraft zugewiesen wurde, die Entstehung der wissenschaftlichen Disziplinen (ebd.: 12 f.). Wallerstein et al. weisen darauf hin, dass der Kampf zwischen Naturwissenschaft und Philosophie (bzw. Geisteswissenschaft) um epistemologische Legitimität seit dem 19. Jahrhundert ein Kampf um die Kontrolle des Wissens „über die Welt des Menschen“ geworden war, nachdem die Naturwissenschaften das Wissen über die Natur kontrollierten. Dies waren die Voraussetzungen für die Institutionalisierung der Universitäten als privilegierte Orte zur Aneignung von Wissen seit dem späten 18. Jahrhundert in Ländern wie Großbritannien, Frankreich, den deutschsprachigen Ländern, Italien und den USA (ebd.: 21). Im 19. Jahrhundert bildeten sich dort Fächer, und es fand eine Professionalisierung der institutionalisierten Strukturen zur Produktion von Wissen statt.

Zwischen den Disziplinen Mathematik und experimentelle Naturwissenschaften auf der einen Seite sowie Philosophie und Geisteswissenschaften auf der anderen Seite war das „Studium der sozialen Realitäten“ zu finden, das sich wiederum in idiographische Geschichtswissenschaft und nomothetische Sozialwissenschaft unterteilte (ebd.: 17). Die Formulierung der Regeln der neuen Wissenschaft zur Erforschung sozialer Realitäten wurde von Comte und Mill entsprechend den naturwissenschaftlichen Prämissen gefasst, als Anfang des 19. Jahrhunderts Begrifflichkeiten wie „soziale Physik“, „positive Wissenschaft“ (Comte) und „exakte Wissenschaft“ (Mill) das Programm bestimmten. Wallerstein et al. führen aus, dass mit der Idee der „sozialen Physik“ politische wie soziale Zielsetzungen Comtes verbunden waren, der eine Versöhnung von „Ordnung“ und „Fortschritt“ anstrebte. Dies sollte geschehen, indem

„die Lösung der sozialen Fragen an ‚eine kleine Anzahl intelligenter Elite‘ übergeben werde. Auf diese Weise könne mittels der Installation einer neuen geistigen Macht die Revolution ‚beendet‘ werden. Die technokratische Grundlage und die soziale Funktion der neuen sozialen Physik wurde auf diese Weise klar zum Ausdruck gebracht.“ (Ebd.: 19)

mehr zu unterscheiden, koexistiert doch alles in einer unveränderlichen Gegenwart“ (ebd.: 10).

Diese Zeitspanne, die in Wagners Darstellung der Moderne die „restringiert liberale Moderne“ ausmacht, lässt sich in Bezug auf den später entstehenden sozialwissenschaftlichen Diskurs vom „autonomen Subjekt“ als „Schwelle der Positivität“ begreifen. Es findet die Formation von Diskursen statt, die der sozialwissenschaftlichen Diskursformation, die hier zu beschreiben sein wird, vorausgehen und sie bedingen. Sie bringen Differenzen hervor, die den sozialwissenschaftlichen Diskurs strukturieren werden, wie beispielsweise die Differenz zwischen Tradition und Moderne, Geschlechterdifferenz sowie Vernunft und Wahnsinn, d. h. Differenzen, die mit der Institutionalisierung sozialwissenschaftlicher Disziplinen der Unterscheidung in „normal“ und „nicht-normal“ zugrunde liegen. Im „Nationalitätsprinzip“ sind die Ideen von Entwicklung, wirtschaftlichem Fortschritt und territorialer Expansion, bzw. Inklusion miteinander verknüpft. Die sich herausbildenden Differenzen umfassen neue Produktionsbedingungen und alloкатive Praktiken. Als solche generieren sie einen Komplex von Problem- und Fragestellungen, die für die Entstehung der sozialwissenschaftlichen Disziplinen ausschlaggebend sind. Dabei handelt es sich um die begleitenden Widersprüche dieser Neuerungen, wonach einerseits die freiheitlicheren gesellschaftlichen und rechtlichen Ordnungen, die mit den bürgerlichen Revolutionen in Europa und den Vereinigten Staaten eingesetzt werden sollten, für alle gleichermaßen gelten sollten, andererseits sich abzeichnete, dass das Ausmaß an Produktivität und Reichtum, das mit den industriellen Revolutionen und fortschreitendem Kapitalismus zu erreichen war, auf der Ausbeutung von gesellschaftlichen Gruppen der ArbeiterInnen basierte wie auf der Unterwerfung von weitläufigen Gebieten und den dort lebenden Bevölkerungen. Die Entstehung der Sozialwissenschaften kann demnach als Versuch der Bewältigung einer unvollendeten bürgerlichen Revolution verstanden werden, wie das Zitat Comtes nahe legt. Gleichermäßen werden die dargestellten Diskurse die Inhalte der Sozialwissenschaften bestimmen. Die Art und Weise, wie dies geschehen wird, ist in deren Geschichte und dem sich herausbildenden Gegensatz zwischen nomothetischen und idiographischen Wissenschaften angelegt. Außerdem sollte der Wille zum Wissen über die Welt des Menschen, der sich in den Kämpfen zwischen diesen zwei auseinanderliegenden Polen von Wissenschaft erzeugte, neben der europäischen Arbeiterschaft auch aufgrund des sich ausbreitenden Kolonialismus Objekte finden, die seiner Vermehrung dienen.

Wenn also auf der „Schwelle der Positivität“ Diskursformationen in der „restringiert liberalen Moderne“ ausgemacht werden, so ist dafür charakteristisch, dass sie grundsätzliche gesellschaftliche Umwälzungen in Europa und den Vereinigten Staaten in den ersten 80 Jahren des 19.

Jahrhunderts bedingen, die einerseits von den Versprechen des bürgerlich-revolutionären Liberalismus getragen wurden und andererseits auf Ausbeutungsverhältnissen gründeten. Kennzeichnend ist außerdem die beginnende Herausbildung von Formen der Kollektivbildung und kollektiven Organisierung: von politischen (Nationalstaat), ökonomischen (Kapitalismus), gesellschaftlichen (Klassenbildung aufgrund des Widerspruchs zwischen Kapital und ArbeiterInnenschaft) und wissenschaftlichen Formen (z. B. Sozialwissenschaften), die noch unvollendet und im Aufbau befindlich sind.

In der Zeit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg wurde dann die Unterscheidung der sozialwissenschaftlichen Disziplinen vorgenommen, aus der Motivation heraus „objektiviertes“ Wissen über die ‚Wirklichkeit‘ auf der Basis empirischer Befunde“ zu gewährleisten (Wallerstein et al.: 21). Diese Bemühungen finden zu einer Zeit statt, in der Wagner die „erste Krise der Moderne“ verortet.